

Gegen Ministerin wird nicht ermittelt

OLDENBURG. Durchatmen für Niedersachsens Agrarministerin Astrid Grotelüschen (CDU): Die Justiz wird die von Tierschützern erhobenen schweren Vorwürfe der Tierquälerei in Putenmastbetrieben gegen die Ministerin nicht weiter verfolgen. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg habe den Fall geprüft, werde aber nicht ermitteln, sagte ein Sprecher der Behörde



gestern. Die Opposition sieht die Ministerin allerdings nicht aus ihrer politischen Verantwortung entlassen und pocht auf Aufklärung im Landtag.

Tierschützer der Organisation Peta hatten die CDU-Politikerin und ihren Mann wegen Verstößen gegen das Tierschutzgesetz angezeigt. Hintergrund sind Filmaufnahmen von verendeten Mastputen aus Ställen in Mecklenburg-Vorpommern, die Küken aus der Brüterei der Grotelüschen beziehen. „Die Familie Grotelüschen ist für diese Tierställe nicht verantwortlich“, begründete der Sprecher der Staatsanwaltschaft.

Auch wegen möglicherweise falscher eidesstattlicher Versicherungen wird die Staatsanwaltschaft nicht gegen das Ehepaar Grotelüschen ermitteln. Garlich Grotelüschen soll an die beschuldigten Betriebe vorgefertigte Erklärungen geschickt haben, in denen diese die angeblichen Missstände bestreiten. Doch selbst wenn die Angaben nicht korrekt wären, sei dies nicht strafbar, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft. (lni)